

Protokoll Nr. 10 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Beirates Vahr am 14.07.2020 im Bürgerzentrum Neue Vahr

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Anwesend waren:

- a) vom Beirat
- | | |
|--------------------------|-------------------|
| Herman Assmann | Jens Emigholz |
| Eva Früh | Heinrich Gerkmann |
| Dr. Tim Haga | Petra Hoya |
| Margret Kößling-Schumann | Ulrich Maas |
| Eva Mahlert | Oliver Saake |
| Jörg Schoolmann | Bernd Siegel |
| Helmut Weigelt | |
- b) vom Ortsamt
- Dr. Karin Mathes
Thomas Berger
- c) Gäste
- Stefan Dierks (Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS))
Ernst-Bernhard Hamann (Bremische Volksbank eG)
Gerd van Hülst (Architekt)
Christina Treber (Sweco GmbH)
Maximilian Hartmann (Freiwilliges Soziales Jahr Politik im Ortsamt)

Die Tagesordnung wird geändert: Als neuer TOP 4 wird eingefügt: „Unterstützungsschreiben für die Fortsetzung der Bundesförderung des Mehrgenerationenhauses“. Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung genehmigt.

Das Protokoll der Beiratssitzung Nr. 9 am 16.06.2020 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Anträge von Bürger*innen, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen des Beiratssprechers

Herr Siegel berichtet, dass die Bundesregierung eine Umstrukturierung des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“ beabsichtige.¹ Entsprechend prüfe die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS), unter welchen Bedingungen das Programm auf Landesebene fortgeführt werden könne. Das Programm Soziale Stadt komme für die Neue Vahr neben dem Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) zur Anwendung und sei bislang mit jährlich € 60.000 dotiert, während die Neue Vahr im Rahmen von WiN über € 150.000 verfügen könne. Mit dem Programm Soziale Stadt würde in die Infrastruktur des Stadtteils investiert. Mit Mitteln aus diesem Programm seien in der Vergangenheit bspw. das Familien- und Quartierszentrum (FQZ) ins Leben gerufen worden, die Sanierung des mit Altlasten verseuchten Carl-Goerdeler-Parks und mehrere Maßnahmen im Bürgerzentrum Neue Vahr ermöglicht worden. 2019 seien Mittel in die Aufwertung der Grünverbindung am Achterkampsfleet geflossen und in diesem Jahr werde die Sanierung des Spielplatzes an der Julius-Bruhns-Straße ermöglicht. Er werde sich dafür einsetzen, dass das Programm auch zukünftig für die Neue Vahr zur Verfügung stehe und er bitte die anderen Fraktionen und die Abgeordneten der Bürgerschaft Gleiches zu tun.

¹ Das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ wird vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat verantwortet. Näheres zum gegenwärtigen Programm findet sich unter https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/soziale_stadt_node.html.

Mitteilungen aus dem Beirat

Herr Maas berichtet von der Beschwerde einer Bürgerin, die in den Hartgummibelägen an der Straßenbahn-Haltestellen Berliner Freiheit, Carl-Goerdeler-Straße und Kurt-Huber-Straße bei Regen und Frost eine Rutschgefahr sehe.

Frau Dr. Mathes erinnert daran, dass dies bereits in einer früheren Sitzung vorgetragen und von der BSAG nicht bestätigt worden sei. Das Ortsamt werde sich dem aber nochmals annehmen.

Weiter problematisiert Herr Maas die Sperrung des Fuß- und Radwegs an der Julius-Brecht-Allee stadteinwärts zwischen den Einmündungen der Eislebener Straße. Der Radverkehr werde teilweise über dem Fußverkehr vorbehaltene Wege umgeleitet. Er halte die Freigabe einer Fahrspur auf der Fahrbahn für eine bessere Alternative.

Herr Dr. Haga berichtet, dass dies bereits auf der letzten Sitzung des Fachausschusses „Bau, Verkehr und Umwelt“ angesprochen worden sei.² Der Bitte des Fachausschusses an die Polizei, hier zu einer anderen Lösung zu kommen, sei bislang aber nicht entsprochen worden.

Herr Feldmann (Polizeirevier Vahr) sichert zu, den Sachverhalt nochmals prüfen zu lassen.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass

- die einstimmige Stellungnahme des Fachausschusses „Kinder und Bildung“ zur Schulstandortplanung der Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) berücksichtigt worden sei.³ Die Erweiterung der Oberschule Kurt-Schumacher-Allee solle nur erfolgen, wenn sie das Schulgrundstück der jetzigen Berufsbildenden Schule für Einzelhandel und Logistik nach deren Wegzug zusätzlich nutzen könne;⁴
- SKUMS habe auf den Beschluss des Fachausschusses „Bau, Verkehr und Umwelt“ geantwortet, die Buslinie 31 über den Wohnpark Oberneuland hinaus bis zur Berliner Freiheit zu verlängern.⁵ Sie zitiert aus dem Antwortschreiben:

„Für die Verlängerung zur Berliner Freiheit würden Mehrkosten durch den Einsatz eines zusätzlichen Fahrzeugs, für Personal und eine größere Streckenlänge von ca. 190.000 Euro pro Jahr entstehen, die nach derzeitigem Stand in einem starken Missverhältnis zu den erwarteten Einnahmen stehen würden. Daher wurde diese Maßnahme bisher anderen Maßnahmen mit zu erwartendem höherem verkehrlichen Nutzen und besserer Wirtschaftlichkeit nachgeordnet.“

TOP 2: Stellungnahme zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 144 (VE 144) für die Errichtung von Wohngebäuden an der Kurfürstenallee/ Ecke Barbarossastraße

Frau Dr. Mathes berichtet, dass am 25.06.2020 die städtische Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung die Planaufstellung und die öffentliche Auslegung der Planunterlagen beschlossen habe.⁶ Die Planunterlagen könnten vom 13. Juli bis 24. August 2020 bei SKUMS sowie im Ortsamt eingesehen werden. Parallel zur öffentlichen Auslegung werde das Verfahren zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt, in dessen Rahmen auch der Beirat heute eine Stellungnahme abgeben könne.

² Das Protokoll der Sitzung des Fachausschusses „Bau, Verkehr und Umwelt“ am 29.06.2020 findet sich unter [Protokoll Nr. 6](#) (TOP 1).

³ Das Protokoll der Sitzung des Fachausschusses „Kinder und Bildung“ am 26.05.2020 findet sich unter [Protokoll Nr. 4](#) (TOP 2). Der Beschluss des Fachausschusses zur Schulstandortplanung findet sich unter [Beschluss des Beirats zur SOP](#).

⁴ Die von der Deputation für Kinder und Bildung am 01.07.2020 beschlossene Fassung der Schulstandortplanung findet sich unter https://sd.bremische-buergerschaft.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNfDfFcExjZUCnvldKoODmYZHjaeqXBPktgUj2VjhbH3A57iqcbL-S/Beschlussvorlage_Ausschuesse-Deputationen_VL_20-1724.pdf bzw. in deren Anlage https://sd.bremische-buergerschaft.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNfDfFcExjZTYKoeCE1w8Z3Akvw6XjDEr8Yz1en-BUYD4Ppfk2dyMJ/Stadt_TOP_03_-_Schulstandortplanung_-_03_Anlage_2.pdf (S. 11).

⁵ Das Antwortschreiben von SKUMS ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt. Zur Debatte und Beschlussfassung im Fachausschuss „Bau, Verkehr und Umwelt“ am 12.03.2020 siehe unter [Protokoll Nr. 4](#) (TOP 3) sowie unter der Anlage [Antrag FDP zur Linie 31](#).

⁶ Die zur Sitzung der Deputation vorgelegten Vorlagen findet sich unter https://sd.bremische-buergerschaft.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNfDfFcExjZbX0iy2J35kYz44obaBXHdx7T1gh2IWjNMP4a7FAwKhT/Beschlussvorlage_Ausschuesse-Deputationen_VL_20-1582.pdf, die Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 144 unter https://sd.bremische-buergerschaft.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNfDfFcExjZcZJcMrcsyn4JICY2DRyDli41AGEAwAx7JvLvvPvM3B/TOP_8_Anlagen_V_E_144.pdf.

Der Planentwurf samt textlichen und zeichnerischen Festsetzungen findet sich unter https://www.bauleitplan.bremen.de/veplan/ve_00144.pdf?submit=Plan.

Herr Dierks hält eingangs fest, dass bereits am 27.11.2018 im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eine Einwohnerversammlung zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans stattgefunden habe.⁷ Anschließend führt er an Hand einer Präsentation aus:⁸

- Der aktuell für das 2.640 m² große Grundstück geltende Bebauungsplan 874 von 1976 lasse eine sinnvolle städtebauliche Entwicklung nicht zu;
- das Umfeld sei durch eine auffallend heterogene Baustruktur geprägt.

Herr Hamann hält fest, dass sich der Banken-Sektor im Wandel befinde. Bei der Bremer Volksbank zeige sich dies darin, dass sie ihre Dienstleistungen wieder weitgehend am zentralen Standort Domsheide konzentriert habe und deshalb das fragliche Grundstück nicht mehr für Bank-Dienstleistungen nutze. Die Bestands-Gebäude müssten mit einem erheblichen Aufwand saniert werden. Die Volksbank habe sich deshalb für eine Neubebauung mit insgesamt 34 Wohnungen entschieden. Davon würden 14 als Eigentumswohnungen (in den Häusern C und D) veräußert; acht Wohnungen entstünden als sozial geförderter Wohnungsbau.

Herr van Hülst fährt an Hand der Präsentation fort:

- Die Planung sei seit 2018 angepasst worden. Die Häuser A und B seien geringfügig nach Süden verschoben und in der Tiefe verringert worden. Außerdem finde nur ein Dachgeschoss Verwendung für Wohnzwecke. Dadurch entstünden dort zehn Wohneinheiten weniger;
- in diesen Gebäuden seien alle Wohn- und Schlafbereiche nach Süden ausgerichtet und damit von den Lärmemissionen der Kurfürstenallee abgewandt;
- die Häuser C und D seien wiederum geringfügig nach Norden verschoben worden. Dadurch vergrößere sich der Abstand zu den südlich gelegenen Bestandsgebäuden;
- die vorgeschriebenen Abstandsflächen würden eingehalten und lägen zur Nachbarbebauung auf dem eigenen Grundstück;
- die Tiefgarage umfasse unverändert 31 Stellplätze, so dass mit der jetzigen Planung keine Stellplätze abgelöst werden müssten;
- es werde keine Grundwasserabsenkung erfolgen;
- das Niederschlagswasser solle auf dem Grundstück versickern und werde damit nicht die Kapazitäten des öffentlichen Mischwasserkanals belasten;
- alle Gebäude erreichten mindestens einen Energiestandard nach KfW 55.⁹ Darüber hinaus werde versucht, durch den Anschluss an die Fernwärmeleitung sowie Energierückgewinnung den Energiestandard KfW 40 zu erreichen;
- für die Außenraumgestaltung werde ein namhaftes Büro tätig sein.

Zuletzt führt Frau Treber aus:

- Die Grundflächenzahl (GRZ) werde mit 0,43 festgesetzt und damit um 0,03 höher als gesetzlich vorgesehen.¹⁰ Dies lasse sich durch die Außenraumgestaltung und die ausschließliche Unterbringung der Stellplätze in der Tiefgarage rechtfertigen. Dagegen werde die gesetzlich zulässige Überschreitung der GRZ durch Nebenanlagen niedriger angesetzt;
- weiter würden die Tiefgaragen-Zufahrten, die Abstellplätze für Fahrräder und Müllgefäße sowie die Lage der Kinderspielflächen genau festgesetzt;
- die Dachflächen sowie die Tiefgarage müssten begrünt werden;
- auf den Dachflächen sei die Aufstellung von Photovoltaik möglich;
- der Schallschutz gegen die Lärmemissionen, v.a. der Kurfürstenallee, müsse gewährleistet werden;
- zwei Bäume seien auf dem Grundstück nachzupflanzen.

Ein Anwohner bemängelt, dass die Volksbank die Wohnungen in den Bestandsgebäuden längst „entmietet“ habe und sie seitdem leer stehen lasse. Bei der Einwohnerversammlung 2018 seien von den Anwohner*innen insbesondere die Gebäudehöhen und die Abstände zur Bestands-

⁷ Das Protokoll dieser Einwohnerversammlung sowie die dort gezeigte Präsentation finden sich unter https://www.ortsamtschwachhausen.vahr.bremen.de/vahr/einwohner_anwohnerversammlungen-14977.

⁸ Die gemeinsame Präsentation der Referent*innen ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

⁹ Zu Energiestandards siehe unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Energiestandard>.

¹⁰ Die Grundflächenzahl (GRZ) bestimmt den Anteil der Grundstücksfläche, der überbaut werden darf. Die gesetzliche Grundlage findet sich in der [Baunutzungsverordnung](#) (BauNVO) und dort in den Paragraphen 17 und 19.

bebauung bemängelt worden. Es sei der Wunsch gewesen, dass das Gebäude A und B um etwa drei Meter oder ein Geschoss niedriger ausfalle. Dem werde nicht entsprochen. Nach der jetzigen Planung sei davon auszugehen, dass bald nach der Fertigstellung eine Nutzungsänderung erfolgen werde, um in dem Gebäude A und B auch das zweite Dachgeschoss für Wohnzwecke nutzen zu können.

Auf Nachfrage erwidert der Anwohner, dass v.a. die Höhe der Gebäude C und D störe und dass der Abstand dieser Gebäude zur Nachbarbebauung als zu gering empfunden werde.

Herr van Hülst entgegnet, dass sich die Gebäudehöhen seit 2018 nicht erhöht hätten, im Gegenteil. Das Gebäude A und B habe jetzt eine Firsthöhe von 18,36 m, zuvor seien es 18,51 m gewesen. Die Firsthöhen der Gebäude C und D seien unverändert. Der „Spitzboden“ des Gebäudes A und B werde für Abstellräume genutzt und lasse sich mangels eines zweiten Rettungsweges nicht zu Wohnzwecken umnutzen.

Herr Hamann ergänzt, dass die Bestandsgebäude durch aufsteigende Feuchtigkeit in Mitleiden-schaft gezogen seien. Trotz mehrerer Sanierungsversuche habe sich dies nicht beheben lassen. Im Übrigen seien die letzten Mieter*innen freiwillig ausgezogen. Mit der jetzt vorliegenden Planung verringere sich die Wohnfläche gegenüber der Planung von 2018 um 23%. Die Kaltmiete für die acht Wohnung mit Sozialbindung werde sich auf € 6,50 je m² belaufen.

Auf Nachfragen erwidern die Referenten:

- Die Entscheidung sei zu Gunsten eines Walmdachs gefallen und gegen die Ausbildung von Staffelgeschossen, weil sich dies besser in die umgebende Bebauung einfüge. Gleiches gelte für die Gestaltung der Fassade mit rotem Klinker;
- das Dachgeschoss der Gebäude C und D werde in zwei Ebenen für Wohnzwecke genutzt. Da in der Tiefgarage keine Abstellflächen möglich seien, sondern die vorhandenen Flächen für Kfz, Fahrräder, deren Anhänger, Kinderwagen und Müllgefäße gebraucht würden, und in den Wohnungen selbst auch kein Raum zur Verfügung stehe, müsse die oberste Ebene im Dach des Gebäudes A und B als Abstellfläche zur Verfügung stehen. Auf dem Grundstück seien keine weiteren Abstellflächen zulässig. Der vorherige Entwurf habe auch in den Wohnungen Abstellflächen vorgesehen, deren Zuschnitt habe sich aber verkleinert;
- das Flachdach des Gebäudes A und B werde begrünt. Damit sei gewährleistet, dass das Regenwasser langsamer abfließe. Ob zusätzlich und damit auch zu Lasten der Begrü-nung eine Photovoltaik-Anlage entstehen könnte, werde gegenwärtig untersucht. Hierfür sei die Fläche eher zu klein;
- auf den Dachflächen seien Aufbauten technischer Art möglich, aber lediglich um einen Meter über die tatsächliche Höhe hinaus. Mit dieser Festsetzung sei kein Ausbau zu Wohnzwecken möglich;
- der typische Charakter der Gartenstadt sei hier nicht vorhanden, die umliegende Bebauung sei nicht homogen und die Grundstücksgröße reiche nicht aus, dieses Quartier zu prägen;
- die Sozial- wie die Mietwohnungen seien für das Gebäude A und B vorgesehen. Die Sozialbindung sei auf 20 Jahre befristet;
- für die umliegenden Gebäude werde es im Vorfeld der Baumaßnahme ein Beweis-sicherungsverfahren geben.

Herr Dierks macht deutlich, dass der Bebauungsplan maximale Gebäudehöhen festlege und es damit einen Puffer zu den tatsächlichen Gebäudehöhen gebe. Im Übrigen würden die Gebäudehöhen im begleitenden Durchführungsvertrag genau festgelegt. Die Höhe der Gebäude C und D sowie die Ausbildung von zwei Voll- und zwei Dachgeschossen sei auch nach dem geltenden Planungsrecht möglich.

Herr Siegel äußert Verständnis für die Bedenken der Anwohner*innen. Für die Vahr sei es jedoch wichtig, dass weiterer Wohnraum entstehe, der darüber hinaus auch barrierefrei und in Teilen sozialer Wohnungsbau sei. Es wäre gut, wenn die Gebäude C und D um eine Ebene niedriger ausfielen. Andererseits werde das Gebäude A und B Lärm für die umliegende Bebauung abfangen. Er bedauere auch, dass nach aktueller Planung zehn Wohnungen weniger entstünden. In der Summe bleibe das Vorhaben aber für die Vahr wichtig.

Herr Saake stellt fest, dass er die Fassadengestaltung nicht glücklich finde. Aber er befürworte, dass dort neuer Wohnraum entstehe. In einem städtischen Umfeld ließen sich selten die gefühlten Abstände herstellen, auch wenn er Verständnis für die Betroffenheit der Anwohner*innen habe. Dass eingangs der Barbarossastraße ein höheres Gebäude entstehe, empfinde er als passend. Der bestehende Bebauungsplan 879 sei nicht mehr zeitgemäß, stellt Herr Dr. Haga fest. Er gehe davon aus, dass der Entwurf formal korrekt sei, die Anregungen der Anwohner*innen seien aber nicht aufgegriffen worden. Diesen stehe nun noch die Möglichkeit offen, im Rahmen der öffentlichen Auslegung Stellungnahmen abzugeben. Die Vahr lebe von ihren ausgeprägten Grünflächen und den zum Teil erheblichen Abständen zwischen den Gebäuden. Dies finde sich im vorliegenden Entwurf nicht wieder.

Herr Emigholz befürwortet die Schaffung neuen Wohnraums, auch die Neu-Bebauung des Grundstücks, lehnt aber die vorgesehenen Gebäudehöhen ab.

Herr Assmann geht ebenfalls davon aus, dass die zweite Ebene in dem Gebäude A und B bei nächster Gelegenheit zu Wohnzwecken ausgebaut werde.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Mathes nimmt der Beirat die vorgestellten Planungen einstimmig zur Kenntnis.

TOP 3: Globalmittelvergabe

Frau Mahler als Sprecherin des Fachausschusses „Globalmittel und Koordination“ stellt die zur 2. Vergaberunde eingegangenen Globalmittelanträge vor.¹¹ Der Fachausschuss empfehle, allen Anträgen zu entsprechen.

Der Beirat stimmt den vorliegenden Globalmittelanträgen einstimmig zu.

Frau Dr. Mathes weist darauf hin, dass gegenwärtig noch ein Restbetrag von etwa € 3.860 für die 3. Vergaberunde zur Verfügung stehe. Dieser Betrag könne sich noch erhöhen, da auf Grund der Corona-Pandemie nicht alle Projekte, für die Mittel genehmigt worden seien, in der geplanten Form stattfinden könnten.

Globalmittelanträge für die 3. Vergaberunde müssten bis zum 05.10.2020 im Ortsamt vorliegen.

TOP 4: Unterstützungsschreiben für die Fortsetzung der Bundesförderung des Mehrgenerationenhauses

Frau Dr. Mathes macht deutlich, dass das Familien- und Quartierszentrum (FQZ) noch bis 31.12.2020 aus Mitteln des „Bundesprogramms Mehrgenerationenhaus“ gefördert werde.¹² Das Programm laufe dann aus, werde aber durch das „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander“ fortgesetzt. Das FQZ beabsichtige, auch an diesem Programm teilzunehmen. Hierfür sei aber ein Bekenntnis des Beirats zum FQZ erwünscht.¹³

Herr Siegel berichtet, dass das FQZ aus dem Bundesprogramm jährlich €30.000 erhalte, die von der Stadtgemeinde Bremen mit € 10.000 ergänzt würden. Das neue Förderprogramm werde bis 2028 laufen und jährlich € 40.000 zur Verfügung stellen, die Bremen weiterhin aufstocken werde. Er bitte, das FQZ als Mehrgenerationenhaus zu erhalten.

Der Beirat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

TOP 5: Position Jugendlicher zur geplanten Fernwärmetrasse

Herr Hartmann berichtet, dass zu einem freiwilligen sozialen Jahr (FSJ) immer ein eigenständig bearbeitetes Projekt gehöre. Er habe sich dafür entschieden, aus aktuellem Anlass Jugendliche zu deren Einstellung zur geplanten Fernwärmetrasse zu befragen. Die Einschränkungen des Schulbetriebs infolge der Corona-Pandemie hätten das Projekt fast vereitelt. Es ließ sich letztlich dadurch umsetzen, dass er die Möglichkeit erhalten habe, seine Umfrage auf der schulinternen Lernplattform „itslearning“ einzustellen. Auf diesem Weg habe er von 26 Schüler*innen aus der

¹¹ Die Übersicht der beschlossenen Globalmittelanträge ist diesem Protokoll als **Anlage 3** angefügt.

¹² Weitere Informationen zum Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finden sich unter <https://www.mehrgenerationenhaeuser.de/programm/was-ist-das-bundesprogramm/>.

¹³ Der Beschlussvorschlag ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.

Oberstufe der Oberschule Kurt-Schumacher-Allee (KSA) eine Rückmeldung erhalten.¹⁴ Seine Umfrage habe aus einem Handout, mit dem er seine Umfrage erklärt habe, und dem eigentlichen Fragebogen bestanden.

Die Antworten der Schüler*innen hätten ergeben, dass sich alle dafür aussprächen, die Fernwärmenutzung auszubauen.¹⁵ Alle hätten sich für die geplante Fernwärmetrasse ausgesprochen. Außerdem hätten alle geäußert, dass ihnen Umwelt- und Klimaschutz wichtig sei.¹⁶

Die beteiligten Schüler*innen hätten sich neben den Fragen auch schriftlich äußern können. Hieraus lasse sich ableiten:

„Die Schüler*innen sind gleichermaßen von der Kohlenstoffdioxid- und der Kohleeinsparung überzeugt. Die Verbrennung von Müll wird mehrheitlich als umweltschonender als das Verbrennen von Kohle bewertet. Die Müllverbrennung ist aber eindeutig auch nicht für die Ewigkeit. Sie ist zwar besser als die Verbrennung der Kohle, da der Müll ja nun mal leider existiert und mehr wird, allerdings sollte das langfristige Ziel natürlich die Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien sein. Die Gefährdung und Zerstörung von Baumstandorten wird zur Kenntnis genommen, diese Umweltauswirkungen werden jedoch bei Beachtung und Ausgleichung hinter die großen klimatischen Ziele, wie Kohlenstoffdioxidreduktion und Kohleeinsparung, gestellt.“

Herr Saake, Herr Dr. Haga und Herr Siegel bedanken sich für das Engagement von Herrn Hartmann.

Frau Dr. Mathes verdeutlicht, dass Herr Hartmann sein FSJ in einer Zeit geleistet habe, in der das Ortsamt personell nicht gut aufgestellt gewesen sei. Er habe das Ortsamt vielfältig unterstützt und sich schnell in dessen Abläufe eingearbeitet. Dafür bedanke sie sich herzlich.

TOP 6: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

| Sprecher | Vorsitzende | Protokoll |
|----------|-------------|-----------|
| Siegel | Dr. Mathes | Berger |

¹⁴ Herr Hartmann hatte sich zusätzlich auch an die Oberschule Am Barkhof sowie an das Kippenberg- und das Hermann-Böse-Gymnasium in Schwachhausen gewandt. Von dort ergaben sich aber leider keine Rückmeldungen.

¹⁵ Die Schüler*innen sprachen sich allesamt für die Fernwärmetrasse aus. Dabei bewerteten 9 das Vorhaben mit „sehr wichtig und gut“, 15 mit „wichtig und gut“ und 1 mit „relativ wichtig und gut“.

¹⁶ Hier gaben 16 an, dass ihnen der Schutz von Umwelt und Klima „sehr wichtig“ sei, 8 meinten er sei ihnen „wichtig“ und 1 gab an, dass ihm/ ihr der Umwelt- und Klimaschutz „einigermaßen wichtig“ sei.